

# Bericht über das Berliner Colloquium 2006 Teil I: Asien im Blickpunkt



Werner Baach

Das Berliner Colloquium am 29./30. März 2006 befasste sich unter dem Generalthema »Asien im Blickpunkt« mit den sicherheitspolitischen und strategischen Entwicklungen in der Region, Schwerpunkt bei Japan, China und Indien. Ausführungen über das Nichtverbreitungsregime und postmoderne Konfliktmuster sowie der Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr über aktuelle Fragen der deutschen Sicherheitspolitik und der Bundeswehr vervollständigten das Programm. Zu dem gemeinsam von der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik veranstalteten Colloquium begrüßten deren Präsidenten, General a.D. Dr. Klaus Reinhardt und Dr. Rudolf Adam rund dreihundert Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Presse.

Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Ost- und Südostasien, so Dr. Reinhardt in seiner Themeneinführung, fast ein Viertel des Bruttosozialprodukts wird dort erwirtschaftet, und ein Drittel der Streitkräfte der Erde ist dort konzentriert. Der asiatische Raum entwickelt sich technologisch, wirtschaftlich und militärisch mit großer Dynamik und guten Zukunftschancen, ist aber gleichzeitig in vielerlei Hinsicht krisenanfällig, nicht zuletzt deswegen, weil die Region über keine oder nur unvollkommene kooperative Sicherheitsstrukturen verfügt.

Die größte Sorge für die Sicherheit aber wird – weit über die Region hinaus – in den Massenvernichtungswaffen und dem Streben zum Teil instabiler Staaten nach deren Besitz gesehen. Dr. Adam wies auf die dramatisch zunehmenden Auswirkungen der Entwicklung in Asien im Rahmen des Globalisierungsprozesses auch auf Europa hin. »Wenn wir uns nicht rechtzeitig antizipierend damit auseinandersetzen, sitzen wir irgendwann hinten auf der Ladefläche der Entwicklung«, so seine plakative und zugleich eindringliche Charakterisierung der Entwicklung.

## Japans Rolle als sicherheitspolitischer Partner in Asien

Dieses Thema behandelte der Gesandte Hideyuki Sakamoto, Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft Japans bei der Bundesrepublik Deutschland. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung im asiatischen Raum führe zu einem beeindruckenden Wandel in der Region. Die Interdependenzen hätten zugenommen, Chancen und Herausforderungen dieser Entwicklung lägen dicht beieinander, so der Vortragende einleitend. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik erfolge hauptsächlich auf der Grundlage bilateraler Sicherheitskooperationen, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern, vor allem mit Japan, Südkorea, Australien und Singapur. Als pazifischer Staat erfüllten die USA mit der Stationierung ihrer Streitkräfte im strategischen Vorfeld eine wichtige Rolle für Frieden und Sicherheit der Region. Ihr Abschreckungspotenzial sei ein wichtiger Garant gegen eine mögliche Destabilisierung. Wenn auch heute in der asiatisch-pazifischen Region nicht mehr eine militärische Bedrohung aus Richtung Norden, wie noch zur Zeit des Kalten Krieges bestehe, so existierten doch nach wie vor Ursachen für Konflikte, die sich auch auf die Sicherheit Japans unmittelbar auswirken könnten, wie das Problem Nordkorea sowie die Lage beiderseits der Taiwan-Straße zeigten. Insgesamt sei das Sicherheitsumfeld in der Region »durch mangelnde Transparenz sowie durch Unwägbarkeiten geprägt«.

Nordkorea sei »nur schwer berechenbar«. Die Entwicklung von Kernwaffen und



General a.D. Dr. Reinhardt (re.) dankt dem Gesandten der Botschaft Japans bei der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Hideyuki Sakamoto, für seinen Vortrag. Fotos: Clausewitz-Gesellschaft

Raketen sei eine direkte Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Region und eine große Herausforderung für das internationale Nichtverbreitungsregime. Zwar sei im Rahmen der so genannten Sechs-Parteiengespräche 2005 erstmals eine »Gemeinsame Erklärung« erreicht worden, in der Nordkorea den überprüfbaren Verzicht auf sämtliche Kernwaffen sowie auf das bestehende Nuklearprogramm versprochen habe. Allerdings verweigere sich das Land inzwischen einer Wiederaufnahme der Gespräche. Es schein, so der Gesandte weiter, als benutze Nordkorea die Gespräche »nur als eine Karte in seinem politischen Spiel«. Aber nicht nur wegen seines Nuklearprogramms sei das Land ein Problem, sondern auch dadurch, dass eine Reform seiner Wirtschaft auf Grund seines diktatorischen Systems nicht einfach sein dürfte. Es bleibe dadurch »ein Faktor der Instabilität für die ganze Region«.

Aber auch die Beziehungen zwischen China und Taiwan beiderseits der Taiwan-Straße, eine der Hauptschifffahrtsrouten von essentieller Bedeutung für den internationalen Handel, seien gespannt. Japan sei grundsätzlich gegen jede einseitige Maßnahme, welche die Stabilität beeinträchtigen könnte, und es müsse allein schon die Tatsache, dass Gewalt ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein könnte, beunruhigen. Die Modernisierung der See- und Luftstreitkräfte Chinas schreite weiter voran, allein an der Küste gegenüber Taiwan seien amphibische Verbände von 375.000 Mann sowie zahlreiche Landungs- und Kampfeinheiten stationiert. Das militärische Kräfteverhältnis beiderseits der Taiwan-Straße verändere sich zunehmend zugunsten Chinas, ein Grund, die Entwicklungen sorgfältig zu beobachten.

Überhaupt bereite die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende kontinuierliche Aufrüstung Chinas Sorge. Die Verteidigungsausgaben des Landes wiesen nun schon das 18. Jahr in Folge zweistellige Zuwachsraten auf, die tatsächlichen Aufwendungen würden sogar auf das Zwei- bis Dreifache der offiziellen Angaben geschätzt. Wenn der Ausbau der Seestreitkräfte und insbesondere des strategischen (Nuklear-)Potenzials im bisherigen Tempo fortgeführt werde, sei China auf dem Weg zur militärischen Großmacht, auch wenn gegenwärtig (noch) eine militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten im Pazifik fortbestehe. Die derzeitigen Beziehungen Japans zu China beschrieb der Gesandte als

»politisch unterkühlt, aber wirtschaftlich aufgeheizt«. Einerseits habe der personelle und kulturelle Austausch zwischen beiden Ländern stark zugenommen, andererseits aber beobachte man eine gewisse »antijapanische Erziehung«, und es gebe Auffassungen, die darin einen zunehmenden Nationalismus sehen, der an die Stelle der kommunistischen Ideologie trete. China, »das Rangfolgen einen hohen Stellenwert beimisst«, so der Gesandte, strebe möglicherweise auf Grund seiner neuen Stärke nach einer anderen Struktur der japanisch-chinesischen Beziehungen als bislang. Zwischen beiden Staaten bestünden dennoch zahlreiche gemeinsame Interessen und es gebe Felder, auf denen beide sich gegenseitig ergänzten.

Betrachte man die Sicherheit in der erweiterten Region, so bereiteten vor allem die (zunehmende) Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von Raketentechnologie Sorge. Aus diesem Grund beteilige Japan sich intensiv an der »Proliferation Security Initiative« (PSI). Aber auch der Terrorismus und die Verbindungen des Al-Quaida-Netzwerks zu Gruppierungen in der Region, etwa in Indonesien, Malaysia und Thailand, gäben Anlass zur Sorge. Deshalb stehe Japan mit diesen Staaten in engem Dialog und kooperiere mit ihnen mit dem Ziel, den Terrorismus einzudämmen. Japans Verteidigungspolitik sei strikt auf Verteidigung ausgerichtet. In der Verfassung sei der Verzicht des Landes »auf Krieg als souveränes Recht der Nation« sowie »auf die Androhung oder die Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten« festgeschrieben. Japan besitze deshalb keine Angriffswaffen mit großen Reichweiten und halte an den Anti-Nuklearprinzipien sowie den restriktiven Grundsätzen für den Waffen-

export fest. Die aktuelle Verteidigungsplanung sehe den Abbau von Kampfpanzern und Flugzeugen vor, ein Schwerpunkt läge bei der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems. Das Land wolle vor allem das Sicherheitsarrangement mit den Vereinigten Staaten ausbauen; Ziel sei eine gemeinsame Strategie zur Stabilisierung der nordostasiatischen Region. Für die Zusammenarbeit in Ostasien insgesamt entwickle sich Schritt für Schritt »ein Netzwerk für eine regionale Kooperation«.

Die Rolle Japans innerhalb der Region sieht der Vortragende darin, »als stabilisierender Faktor für die regionale Sicherheit sowie als Geber von Entwicklungshilfe in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Soziales, Wirtschaft und Umwelt zu wirken, die nach wie vor die großen Aufgaben dieser Region bilden«. Die Erfahrungen, die Japan in seiner Vorreiterrolle vor allem auf den Gebieten Gesellschaftspolitik, Umwelt, Einsparung von Energie sowie beim Problem der Überalterung gemacht habe, könnten, im Guten wie im Schlechten, anderen Ländern in der Region als Beispiele dienen. Trotz mancherlei Probleme wie beispielsweise nationalistische Tendenzen könne sich in Zukunft in Asien vor allem bei der jungen Generation das Bewusstsein für eine gemeinsame neue Identität herausbilden.

Europa aber dürfe nicht nur in den Bereichen Wirtschaft und Menschenrechte, sondern müsse auch auf dem Gebiet von Sicherheit und Stabilität Interesse an einem sich dynamisch entwickelnden Asien zeigen. Es sei zu wünschen, dass Europa unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Freiheit und Demokratie die Formung der Zivilgesellschaften in Asien unterstütze – »leise, aber entschlossen«, in einem Bereich, »in dem Europa die aus seiner Geschichte und Zivilisation stammende Weisheit zur Geltung bringen könnte«. Japan hoffe, dass im Interesse der Erhaltung von Frieden und Stabilität der asiatischen Region der Dialog mit Europa und Deutschland weiter ausgebaut werde.

## Chinas Rolle als Weltmacht

Professor Dr. Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., behandelte das Thema China aus mehrfacher Perspektive, dabei insbesondere die chinesische Außenpolitik, die innenpolitischen Risiken des Landes, das im wachsenden Maße schwierige Verhältnis zwischen China und den USA sowie schließlich die Frage nach dem Umgang Europas und Deutschlands mit der Entwicklung Chinas und Ostasiens. Im Kern gehe es um die Frage, wie eine neue Weltordnung zu organisieren sei, bei der noch niemand so recht wisse, wie sie wirklich aussehen wer-

de, und »eine der spannendsten Frage in dieser ganzen Debattenlage« sei: »Wie managen wir im Westen den friedlichen Aufstieg Chinas«.

Die chinesische Außenpolitik sei vor allem durch folgende Aspekte gekennzeichnet: Zum Ersten sei sie pragmatisch. Vor dem 11. September 2001 sei sie darauf ausgelegt gewesen, den amerikanischen militärischen Einfluss in Asien zurückzudrängen. Nach dem 11. September aber sei das genaue Gegenteil eingetreten: »Aus chinesischer Sicht konnte man sich regelrecht umzingelt fühlen. Nicht nur in Japan waren amerikanische Truppen präsent, sondern in Gesamtzentralasien.« Die Chinesen hätten sich in dieser Lage »ohne große Worte, aber effizient, völlig pragmatisch ruhig gehalten«. Als Beispiel nannte der Vortragende das Waffenembargo gegen China. Das derzeitige Schweigen der chinesischen Regierung heiße aber nicht, dass das Thema vom Tisch sei, aber Peking wisse, dass es im Augenblick keinen sonderlichen Sinn mache, in dieser Frage zu bohren. Dasselbe gelte für die chinesische Rüstungsproblematik. Pragmatische chinesische Außenpolitik aber heiße: »Man kann sich darauf verlassen, dass diese Regierung, die seit 25 Jahren einen (gewaltigen) Reformprozess managt, für irgendwelche abenteuerlichen Politiken nicht oder kaum zu haben ist.«

Das zweite Charakteristikum der chinesischen Außenpolitik bezeichnete Professor Dr. Sandschneider als die multinationale Wende Chinas. Bis vor wenigen Jahren sei chinesische Außenpolitik sehr bilateral ausgelegt gewesen; das habe sich inzwischen völlig verändert. Die Angst, in multilateralen Gremien »fremd bestimmt« zu werden, habe einer einfachen Erfahrung Platz gemacht und die laute: »Wenn China in ein solches Gremium hineingeht, ist es Kraft seiner Größe, Kraft seiner wirtschaftlichen Leistung jederzeit in der Lage, die Tagesordnung zu bestimmen.« Zum Dritten sei die Außenpolitik Chinas »konsequent stabilitätsorientiert«. Es gehe der Regierung nicht um Kommunismus, es gehe ihr erst Recht nicht um Demokratie und Menschenrechte, es gehe in China »zuerst und zu allererst und schon fast ausschließlich um Stabilität, um die Aufrechterhaltung einer funktionierenden politischen Ordnung als Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum«. Ideologie spiele längst nicht mehr die Rolle wie früher, wenngleich (in letzter Zeit) Revitalisierungstendenzen zu beobachten seien.

Chinesische Außenpolitik sei viertens multipolar angelegt. Sie richte sich dabei unverändert im Wesentlichen gegen die USA. China habe 1989 vielleicht am besten die Lehren aus dem Sturz der Supermacht Sowjetunion gezogen, die zusammengebrochen sei, »nicht, weil sie so

schlecht gerüstet war, sondern obwohl sie hochgerüstet war, weil die eigentlichen Kriterien dauerhafter Machterhaltung die von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sind und die von attraktiver Modellwirkung und der Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft«. Insofern müsse der Westen den derzeitigen wirtschaftlichen Aufstieg Chinas mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten, zugleich aber auch mit Sorge den Imageverlust der westlichen Führungsmacht USA in vielen Teilen der Welt. Dort schließe sich der Kreis, wo Chinas Aufstieg wichtig für die Europäer werde.

Im Unterschied zur Außenpolitik ergebe die Betrachtung der Innenpolitik Chinas ein völlig anderes, ein negatives Bild: »Da haben wir eine kommunistische Partei, die eigentlich vom Jäger zum Gejagten gewor-

diesem Land sei »gewaltig, auch die Probleme«, und das System sei nur deshalb »dieser Regierung in den letzten 25 Jahren nicht um die Ohren geflogen«, weil Kontrolle, zum Teil »gnadenlose«, auf Abschreckung zielende Kontrolle und Unterdrückung dies verhindere. Das alles zusammen ergebe ein gewaltiges innen- und sozialpolitisches Pulverfass, denn das Unzufriedenheitspotenzial in der chinesischen Bevölkerung sei hoch. Aus all dem folge ein weiterer Aspekt chinesischer Politik, der wieder eher das Feld der Außenpolitik betreffe: ein Mobilisierungsaspekt mit dem Ziel, das Land zu stabilisieren, und er habe »sehr viel damit zu tun, was wir Nationalismus nennen«. Solche wachsenden Nationalismustendenzen seien in China seit vielen Jahren zu erkennen, unter an-



Prof. Dr. Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, trägt über Chinas Rolle als Weltmacht vor.

den ist. Eine Partei, die früher einmal versucht hat, die Gesellschaft nach ihrem Vorbild zu modellieren, muss sich jetzt gefälligst beeilen, so effizient zu handeln, dass es der Gesellschaft auch gefällt, damit die Partei im Amt bleiben kann.« Ökonomen hätten berechnet, dass das Land etwa acht Prozent jährliches Wachstum des Bruttosozialprodukts benötige, damit es stabil bleibe. Aber wie sehe die Wirklichkeit aus? In China lebten heute 250 Millionen Menschen von unter einem Dollar pro Tag, weitere 700 Millionen von unter zwei Dollar, das seien 47 Prozent der Bevölkerung. In China gebe es eine Wanderbevölkerung von 150 bis 180 Millionen Menschen – »ohne Sozialversicherung, ohne feste Unterkunft, ohne Krankenversicherung, ohne irgendetwas, was wir als selbstverständlich unter sozialen und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten betrachten würden«. Und diese Zahl nehme vermutlich dramatisch weiter zu. Alles in

derem im Kontext der Debatte mit Japan und natürlich in besonderer Weise in Bezug auf Taiwan. Die chinesische Regierung könne »Taiwan nicht loslassen«, denn nationalistische Kräfte im Land würden es ihr als Schwäche auslegen, und die Regierung gefährde dann ihr Überleben. Das Gleich gelte aber auch für den Fall eines Überreagierens in der Taiwanfrage. Der in dieser Angelegenheit insgesamt von der chinesischen Regierung geübte Pragmatismus ist aus der Sicht von Professor Sandschneider schon bemerkenswert.

Mit der Taiwanfrage eng zusammen hänge schließlich der vielleicht wichtigste Aspekt chinesischer Politik, das Verhältnis zu den USA. Letztere hätten eine »strategische Perspektive auf China«, nicht nur, weil es der potentiell nächste Herausforderer der USA sei, sondern weil man im Pentagon damit rechnen müsse, »dass die Siebte US-Flotte relativ zügig und relativ unmittelbar mit der Volksbefreiungsarmee in ei-

nen militärischen Konflikt geraten könnte«. Die Konsequenz daraus sei einfach, und als These formuliert laute sie: »Es zeichnet sich ab, dass ein wachsender machtpolitischer Konflikt zwischen China und den USA zu dem beherrschenden Konflikt des 21. Jahrhunderts werden kann.« Ökonomische und strategische Konkurrenz präge zunehmend das Verhältnis Chinas zu den USA. Als Folge davon werde aus amerikanischer Sicht inzwischen offen über die Frage »Containment gegen Engagement« diskutiert – eine Debatte, die es in Europa nicht gebe und die den transatlantischen strategischen Dialog in Zukunft nicht einfach machen werde. Die Washingtoner Vorstellung, wonach die Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft das effizienteste Modell der Organisation moderner Gesellschaften sei, werde in Asien längst nicht (mehr) überall geteilt. Gerade aus chinesischer Sicht werde sehr nachdrücklich und vermutlich auch

arbeit an Europa habe und das darin ein um das andere Mal ein Stück weit enttäuscht worden sei, inzwischen aber gelernt habe, mit geringeren Erwartungen nach Europa zu kommen. Ein ganz besonderer Schwachpunkt in der europäischen Chinadebatte sei die Tatsache, dass die sicherheitspolitische Komponente völlig fehlerhaft und Europa zum Beispiel überhaupt nicht wisse, wie es sich in einem Konfliktfall, beispielsweise um Taiwan, verhalten solle. Die abschließende These Professor Dr. Sandschneiders mit Blick auf Europa lautete: »Wenn man sich die Suche nach einer funktionierenden Weltordnung anschaut, wenn man sich die Kräfteverschiebungen anschaut und die spezifischen Rollen sowohl der USA als auch wichtiger asiatischer Länder, dann wäre mein Petition, dass nicht nur die Europäische Union, sondern auch Deutschland eine sehr viel aktivere Asienpolitik brauchen – in der gesamten Bandbreite der Politik [...] und ei-

scheine es so, dass China nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Stellung einer Großmacht erhalten habe, Indien dagegen dieser Status verwehrt worden sei, weil es zu diesem Zeitpunkt noch britische Kolonie war. Die Teilung des indischen Subkontinents in die Staaten Indien und Pakistan zum Ende der britischen Vorherrschaft habe dann verhindert, dass Indien »sich in der eigenen Region politisch, kulturell und militärisch durchsetzen konnte«. Pakistan, ein »absoluter Kunststaat«, sei von Anfang an instabil gewesen und werde bis heute nur von der Armee zusammengehalten – »einer Armee, die einen Staat hat«. Trotz dreier gegen Pakistan gewonnener Kriege sei Indien dennoch der strategische Verlierer gewesen, dies vor allem wegen der Unterstützung Pakistans durch die USA, das dem Land im Rahmen seiner »Containment-Strategie« im zentralasiatischen Raum eine Schlüsselrolle beigemessen habe. Ein Grund sei aber auch gewesen, dass sich Indien nach seiner Unabhängigkeit einer strategischen Partnerschaft mit den USA entzogen habe, wogegen sich Pakistan mit den USA, später auch mit China und den (wahabitschen) Staaten »bessere Schutzmächte« gewonnen habe.

Professor Dr. Rösel sieht vier schwere strategische Fehler, die Indien von seiner Unabhängigkeit 1949 bis in die Gegenwart gemacht habe und die Einfluss auf die eingangs gestellte Frage hätten, ob Indien möglicherweise durch seine Politik selbst »eine verhinderte Großmacht auf der internationalen Ebene« geworden sei. Erstens habe das Land die Vereinigten Staaten »von Anfang an vor den Kopf gestoßen« und dessen Hinwendung zu Pakistan befördert. Zweitens habe Indien in der Zeit des Kalten Krieges die »Führungsrolle« der »Blockfreienbewegung« an sich gezogen, einer Bewegung, die von Anfang an zu schwach gewesen sei, zwischen Ost und West eine entscheidende Kraft zu werden und die schnell an internationaler Bedeutung verloren habe. Drittens sei ein zeitweise durchaus denkbare Zusammengehen mit China einerseits an dem indischen Anspruch auf historisch gewachsenen Vorrang gescheitert, andererseits aber auch an der Überzeugung Chinas, dass Asien für zwei Großmächte zu klein sei. Diese Auffassung sei durch die schwere Niederlage Indiens im Krieg von 1962 mit dem Nachbarn voll bestätigt worden. Der vierte strategische Fehler schließlich sei es gewesen, dass Indien sich der Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch »an den Hals geworfen« und dadurch an einen Bündnispartner »gefesselt« habe, der »vor dem Kollaps stand«. Es habe so den Anschluss an die Zukunftsentwicklung verloren.

Indien habe sich durch diese strategischen Fehler in eine schwierige weltpoliti-



Rege Beteiligung des Plenums an der Diskussion. Im Bild: Botschafter a.D. Dr. Freiherr von Richthofen, ehemaliger Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO.

mit hoher Attraktivität für viele andere Regionen der Welt argumentiert, dass nicht der demokratisch-marktwirtschaftliche Staat amerikanischer Prägung, sondern eher »ein starker Staat mit weit reichenden Interventions- und Allokationsrechten« erstrebenswert sei. Die globale Rivalität zwischen den USA und China nehme dadurch tendenziell zu.

Der Blick auf das Verhältnis zwischen Europa und China schließlich sei eher ernüchternd, so Professor Dr. Sandschneider. Europa habe zwar eine Asienstrategie, doch leider nur auf dem Papier. Daneben gebe es jeweils eine Chinapolitik der Nationalstaaten, und eine Koordination zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene sei nicht gegeben. Das schwäche die strategische Position Europas auch gegenüber einem China, das hohe Erwartungen an die Zusammen-

ne Asienpolitik, die wir dauerhaft in der Bedeutung gleichwertig behandeln mit transatlantischer und europäischer Politik.«

### Indien, die verhinderte Großmacht?

Professor Dr. Jakob Rösel, Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften behandelte dieses Thema. Von Indien seien seit über 2000 Jahren große zivilisatorische Leistungen ausgegangen, unter anderem viele Staatenbildungen im asiatischen Raum. Angesichts dieser historischen Tatsache stelle sich heute die Frage nach der Stellung Indiens als Großmacht, oder, in Umkehrung der Fragestellung, ob Indien diese Stellung durch die Entwicklung der jüngsten Geschichte verwehrt worden sei. Im Rückblick

sche Lage manövriert. Eine Umorientierung des Landes Richtung Westen habe bisher die Pakistan-Orientierung der Vereinigten Staaten verhindert. Der jüngste Besuch von Präsident George W. Bush Anfang 2006 aber habe möglicherweise für Indien »eine wichtige Zäsur« gebracht. Das Land habe nun die Chance zum »band-waggoning« mit den USA. Auch ein Ausbalancieren des Verhältnisses zu China werde möglich, weil beide Länder viele gemeinsame Ziele hätten, insbesondere in den Bereichen Energiepolitik und Industrialisierung. Auf Frage bewertete der Vortragende im Zusammenhang mit der Zukunftsfähigkeit Indiens die soziale und staatliche Perspektive aus seiner Sicht wie folgt: Trotz der Tatsache, dass siebzehn völlig unterschiedliche »Nationen« mit eigenen Sprachen und Schriften unter dem gemeinsamen Dach der Union lebten, sei die staatliche und soziale Kohäsion groß, und Indien habe eine »vergleichsweise durchaus stabile, tragfähige Demokratie«. Zwar lebten auch heute noch vierzig Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und doch habe Indien – im Gegensatz zu China – den sozialen Umbruch und die damit verbundene Zerreißprobe in sechzig langen Jahren schon hinter sich gebracht. Das Land sei nun langsam auf dem Weg der sozialen Reform und des Wachstums seiner Industrie, ja es sei »eventuell auf dem Weg zur Großmacht – um den Preis der Zusammenarbeit mit dem ungeliebten Partner USA«. Deutschland aber, das die Beschäftigung mit Indien (noch) vernachlässige, tue gut daran, sich mit der Entwicklung des Subkontinents mehr zu befassen. ■

*Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Er ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für die Presse- und Informationsarbeit verantwortlich.*

Hinweis für den Leser: Die Zusammenfassung des Teils II des Berliner Colloquiums 2006 mit dem Vortrag von Dr. Adam, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, über » Postmoderne Konfliktmuster – welche Rolle kann, welche Rolle soll militärische Gewalt spielen?«, dem Vortrag von Professor Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, zum Thema »Verträge im Zerfall – über Zukunft und Herausforderungen des Nichtverbreitungsregimes« sowie den Ausführungen des Generalinspektors der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, zu aktuellen Fragen deutscher Sicherheitspolitik und der Streitkräfte wird in der Ausgabe August von EUROPÄISCHE SICHERHEIT veröffentlicht.